

SPD-Fraktion	13.03.2009
An: Frau Bürgermeisterin Sonja Leidemann	ggf . Nummer 02/ 09-Ä
<input checked="" type="checkbox"/> Antrag gemäß § 8 Geschäftsordnung (selbständiger Antrag) <input checked="" type="checkbox"/> Vorschlag zur Tagesordnung (§ 48 GO iVm § 2 Geschäftsordnung) zur Beratung im: SozA/ HFA/ Rat <input type="checkbox"/> Anfrage (§ 10 Geschäftsordnung) zur Stellungnahme	nachrichtlich <input type="checkbox"/> Bürgermeister <input checked="" type="checkbox"/> Ausschußvorsitzender d. SozA <input type="checkbox"/> SPD-Fraktion <input checked="" type="checkbox"/> CDU-Fraktion <input checked="" type="checkbox"/> Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen <input checked="" type="checkbox"/> Fraktion WBG <input checked="" type="checkbox"/> FDP-Fraktion <input checked="" type="checkbox"/> fraktionslose Ratsmitglieder <input checked="" type="checkbox"/> Mitte Witten-Fraktion

Betreff
Resolution für die Klarstellung der Wahl zu den kommunalen Migrantenvvertretungen

Inhalt/Begründung (bei Anträgen gemäß § 47 Abs. 1 oder § 48 Abs. 1 letzter Satz GO ist auch die Dringlichkeit zu begründen)

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Witten bittet Herrn Ministerpräsidenten Dr. Jürgen Rüttgers, sich dafür einzusetzen, unverzüglich den Gesetzentwurf zur politischen Partizipation von Migrantinnen und Migranten in Novellierung des § 27 Gemeindeordnung NRW in den Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen einzubringen.

Dieser Gesetzentwurf soll u. a. enthalten

- einheitliche und klare Regelungen bzw. Durchführungsbestimmungen zur Wahl eines Integrationsrates
- einen einheitlichen Wahltermin der Kommunalwahlen mit den Wahlen der Integrationsräte
- die Möglichkeit der Briefwahl für alle wahlberechtigten Migrantinnen und Migranten
- ein Wahlrecht auch für alle aus den GUS-Staaten stammenden Deutschen.

Begründung:

Die Landesregierung hat im Dezember 2008 den Wahltermin für die Kommunalwahlen in NRW auf den 7. Juni 2009, dem Tag der Europawahlen, festgelegt. Dies geschah mit der Begründung, Wahltermine zukünftig zusammenlegen zu wollen, um der Politikverdrossenheit abzuhelpfen, für eine regere Wahlbeteiligung zu sorgen und die Bedeutung der Kommunalwahlen zu erhöhen.

Im Jahr 2009 gibt es laut Gemeindeordnung auch Wahlen zu kommunalen Migrantenvvertretungen. Trotz Ankündigung einer Novellierung des § 27 GO NRW, der die Zusammensetzung und Wahl dieser Vertretungen regelt, liegt bislang aber kein Gesetzentwurf mit entsprechenden Änderungen vor. Nach der geltenden Rechtslage dürfen folglich Wahlen zu einem Ausländerbeirat in der bisherigen Form nur zwischen dem 22.10.2009 und dem 30.12.2009 stattfinden, mithin innerhalb von 10 Wochen nach dem Beginn der Amtszeit der neu gewählten Räte. Damit müssten die Kommunen nach den Kommunal- und Europawahlen im Juni und der Bundestagswahl im September noch eine dritte Wahl im November/ Dezember 2009 organisieren, was den von der Landesregierung aufgestellten Kriterien zur Verschiebung des Kommunalwahltermins von September auf Juni entgegenstehen würde.

Weil die Wahlen zu den Integrationsräten und zu den Kommunalräten inhaltlich von den kommunalpolitischen Zielen her identisch sind – Partizipation an der Zukunftsgestaltung der Gemeinden – sollten beide Wahlgänge unbedingt am gleichen Tag stattfinden.

Dafür ist zugleich notwendig, endlich einheitliche und klare Regelungen zur Durchführung der Wahl zu treffen. Die von uns bevorzugte Wahl eines Integrationsrates würde gewährleisten, dass zahlreiche Bevölkerungsgruppen unterschiedlicher Nationalität gleichberechtigt vertreten wären anstatt einseitiger Interessenvertretung.

Dafür sollten auch aus den GUS-Staaten stammende Deutsche wegen ihres hohen Integrationsbedarfs ein Wahlrecht für die Integrationsratswahlen erhalten.

Aus Gründen der Gleichberechtigung darf wahlberechtigten Migrantinnen und Migranten auch das Briefwahlrecht nicht verwehrt werden. Was für wahlberechtigte Deutsche gilt, muss auch für Migranten Geltung haben.

Nur bei Umsetzung der von uns erbetenen Regelungen kann nach Meinung des Rates der Stadt Witten eine arbeitsfähige kommunale Migrantenvertretung dauerhaft bestehen.

gez.

Thomas Richter
Fraktionsvorsitzender

gez.

Heinz-Jürgen Dietrich
Ratsmitglied